



Frauen und ÖPNV — Ohne Angst mobil?

Zur Wahrung ihrer Lebensqualität sind Frauen aller sozialen Schichten und Altersgruppen auf eine Verbesserung ihrer Mobilität angewiesen. Mädchen im GMHütter Raum sind ohne diese von Kultur- und Freizeitangeboten abgeschnitten und für ältere Frauen stellt bereits das Zurücklegen kürzerer Strecken ein Problem dar.

Frauen besitzen nicht nur seltener ein Auto, sie fahren auch weniger Auto, täglich etwa nur ein Drittel dessen der Männer. Weniger technikverliebt verstehen sie die Umweltzusammenhänge besser und sind damit sensibler für die Belange des ÖPNV. Besonders gut sind ihnen aber auch die vorhandenen Schwachstellen des Personennahverkehrs bekannt:

- Probleme beim Einsteigen mit dem Kinderwagen in den Bus

- Mit Taschen bepackt, die Schwierigkeiten beim Transport der Waren

- Unverständliche Fahrpläne, die ähnlich wie Kursbücher zu lesen sind

- Nicht angepaßte Verfügbarkeit der Verkehrsmittel

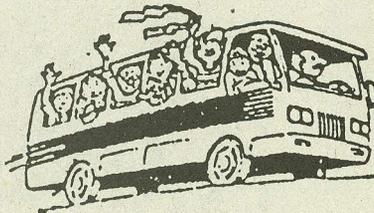
- Schlechte Busverbindungen,

besonders am Wochenende sowie in den Abend- und Nachtstunden

- Schlechte oder gar nicht ausgeleuchtete Haltestellen, die in der Dunkelheit liegen und dadurch Angstgefühle hervorrufen.

Hier sind Änderungen dringend erforderlich! Frauen haben ein Anrecht darauf, daß ihre Interessen in der Verkehrsplanung besonders berücksichtigt werden. Nur dann ist es möglich, das Angebot des ÖPNV auch "an die Frau" zu bringen!

Roswitha Bünthe



**lesen,
bündeln,
recyclen**



Inhalt:	Seite
Frauen und ÖPNV - Ohne Angst mobil?	1
Viel Wirbel um Finanzen in Niedersachsen	2
Wiemann stößt auf Schwierigkeiten	3
waer mott, deei mott	3
Der Hammer des Monats	3
Praktische Lebenshilfe	4
Was wäre eigentlich	4
Rädwanderung	5
Verkehrsprobleme in Malbergen	6
Leserbrief	7
Anmerkung der Redaktion	7
Sondermüll	8
Bau- und Verkehrsausschuß	9
Behinderte Menschen	9
Kasino Hotel	10
Politische Auseinandersetzung	11
Seniorenfreundlich	12

Viel Wirbel um den künftigen Finanzausgleich in Niedersachsen

Jedermann weiß, daß das Geld in allen öffentlichen Kassen knapp geworden ist.

Die Städte in Niedersachsen spürten dies schon eher als die Landkreise, denn den Kommunen ging es bereits in der Vergangenheit durch den Abbau der Gewerbesteuer und die Streichung der Strukturhilfemittel an den Kragen. Vor allem aber die Kosten der deutschen Einheit werden künftig die alten Bundesländer noch stärker belasten als zum gegenwärtigen Zeitpunkt, wenn der Bund-/Länderfinanzausgleich 1995 neu geregelt werden muß.

Wenn kein Geld da ist, warum soll der bisherige Finanzausgleich innerhalb von Niedersachsen neu geregelt werden? Hierzu muß man wissen, daß die bisherigen Verteilungsregelungen die großen Ballungsräume und kreisfreien Städte gegenüber dem flachen Land anerkanntermaßen benachteiligen. Nach einem Memorandum der Stadt Hannover erhalten die kreisfreien Städte nur 14 % von der zu verteilenden Finanzmasse, während 22 % der Landesbevölkerung in ihren Mauern wohnen. So haben alle Fraktionen des Niedersächsischen Landtages sich in den letzten Jahren für eine Verbesserung der Ausgleichsgerechtigkeit ausgesprochen. Darum geht es, und nicht um eine einseitig politisch motivierte Neuverteilung, wie Kreis, CDU und FDP lautstark glauben machen wollen.

Die SPD möchte bei der Verteilung des Gesamtkuchens für Städte, Landkreise und Gemeinden den Indikator "Arbeitslosigkeit" berücksichtigen. Die finanziellen Folgen der Arbeitslosigkeit sind in der Tat ein wichtiger Belastungsfaktor der kommunalen Haushalte bei der Sozialhilfe. Hier wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Bund sich nicht aus seiner Verantwortung gezogen hätte. Doch letztlich gilt auch hier wie auf allen staatlichen Ebenen im Interesse des Gesamtwohls, die öffentlichen Ausgaben einzuschränken. Die Verschuldung der Bundesrepublik ist ohnehin zu einer Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung geworden.

Kreis, CDU und FDP müssen sich daher fragen lassen, ob sie die Interessen auch derjenigen Bürger und Wähler auf Landesebene berücksichtigen wollen, die in den kreisfreien Städten wohnen. Es ist leicht, lediglich zu opponieren, ohne eigene Verbesserungsvorschläge auf den Tisch zu legen, die dem Ziel einer gerechten Verteilung der Gesamtfinanzmasse entsprechen.

Das Ausspielen von Stadt gegen Landkreis Osnabrück kann angesichts der erfreulichen Annäherung zur Bewältigung anstehender struktureller Aufgaben unserer Region nicht der richtige Weg sein.

Dieter Selige



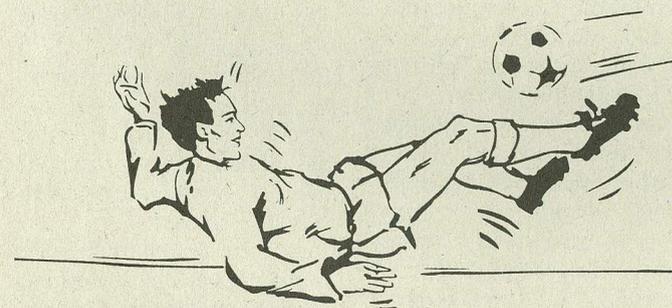
Nicht weit von Blankenburg (Harz) befindet sich das mittelalterliche Städtchen Wernigerode. Unser Bild zeigt das berühmte Rathaus.

Erweiterung Wiemann stößt auf Schwierigkeiten

Planungs- und Umweltausschuß befaßten sich in den letzten Wochen mit Planungsvorhaben der Firma Wiemann. Um eine Sicherung am jetzigen Standort zu erreichen, ist eine Erweiterung vonnöten. Bereits mit den Baumaßnahmen nach den beiden Bränden stieß die Firma in Gebiete vor, die in der Dütelaue dem Natur- und Landschaftsschutz dienen. Die erweiterten Planungen sehen sowohl eine Umlegung des

Dütelaufes wie auch einen Eingriff in bisher geschützte Landschaftsteile vor. Darüber hinaus ist eine Verlegung der Bahnstrecke Osnabrück-Bielefeld im Gespräch. Die weiteren Beratungen in beiden Ausschüssen werden noch manches Problem lösen müssen. Der Natur- und Landschaftsschutz darf dabei nicht weiter ins Hintertreffen geraten.

Kraegeloh



Im Oktober wird das nächste Fußballturnier der Ratsmannschaften aus Osnabrück, Bramsche, Melle und Georgsmarienhütte stattfinden. Das Bild zeigt die Mannschaft aus GMHütte (stehend) vor einem Spiel gegen Bramsche.

...wäer mott, deei mott!

Keine Einigung konnte bisher über den Bau einer öffentlichen Toilettenanlage in der "Oeseder City" erreicht werden.

Vorhandene finanzielle Mittel - für eine behindertengerechte Anlage - sind auf Eis gelegt, weil Proteste - selbst aus der Geschäftswelt - wegen möglicher Geruchsbelästigungen vorliegen.

Hier mangelt es offensichtlich am Verständnis für mögliche Bedürfnisse der per Pedes oder Rad einkaufenden bzw. schaufensterbummelnden BürgerInnen umliegender Stadtteile.

Eine Änderung dieser unzulänglichen und unzumutbaren Situation ist so schnell wie möglich anzustreben; denn, siehe oben...

Roswitha Bünthe

Der Hammer des Monats...



...erhält diesmal eine Oeseder Eisdiele, die ungeachtet der Diskussion um Abfälle und Einwegverpackungen ihre Milchshakes in Einwegbechern mit Deckel und Strohhalmen verkauft. Der entsprechende Müll überschwemmt dann das Gebiet Oeseder Straße und ist von der öffentlichen Hand zu beseitigen - dieses finanzieren dann die Steuerzahler.

Rainer Korte

Praktische Lebenshilfe

In loser Folge bieten wir als praktische Hilfe für den Alltag unseren Ausredenservice an. Klein, handlich und zum Ausschneiden können die einzel-

nen Folgen in die Tasche gesteckt werden, um sie für schwierige Diskussionen oder nervendes Fragen der Kinder jederzeit zur Hand zu haben.

Folge 2

Warum ich nicht regelmäßig das Fahrrad benutze!

(Info: Ein Fahrrad ist ein traditionelles Fortbewegungsmittel, das durch die benutzende Person selbst angetrieben wird. Es benötigt weder Benzin noch Parkplätze, noch setzt es Schadstoffe frei.)

Die meisten Menschen besitzen ein solches Gerät, denken aber, es wäre nur für Freizeit Zwecke geschaffen.)

Ich fahre nicht Fahrrad...

... weil es immer so viel regnet;

... weil ich keine Regenkleidung habe;

... weil meine elegante Kleidung Schaden nimmt;

... weil ich meistens Röcke trage;

... weil ich dann so schwitze;

... weil hier so viele Berge sind;

... weil die Radwege so schlecht sind;

... weil ich es mit meiner gesellschaftlichen Stellung nicht vereinbaren kann;

... weil ich zu alt/jung bin;

... weil ich kein Gleichgewicht halten kann;

... weil es im Auto im Stau gemütlicher ist;

... was denken denn die anderen?

... weil ich immer in Eile bin;

... weil die meisten anderen es auch nicht tun;

... weil ich auf dem Fahrrad kein Radio hören kann;

... weil ich dann zu wenig Zeit fürs Fitneßstudio/Tennis spielen/für den Freizeitsport ... habe;

... weil ich sowieso einen Parkplatz bekomme;

... weil ich als freie(r) BürgerIn mich fürs Auto entscheide;

... weil ich die Miesmacherei des Autos nicht mitmache.

Für Sie nichts dabei? Habe Sie noch bessere Ausreden? Lassen Sie uns davon wissen!

(Übrigens: Die Folge 1: "Warum ich nicht mit dem Bus fahre"; können Sie bei uns auf Wunsch erhalten.)

Rainer Korte

Rainer Korte



Was wäre eigentlich...

...wenn über 1 Milliarde Chinesen dieselbe Ausstattung mit Autos haben wollten wie wir Deutschen?

Das wären dann 600.000.000 Autos allein in China.

Sollten die Inder den gleichen Wunsch haben, wären dies weitere 500.000.000 Autos, zusammen also zusätzlich mehr als 1 Milliarde Autos auf diesem Planeten.

In der Bundesrepublik gibt es momentan etwa 35 Millionen PKW's - Inder und Chinesen würden - wenn sie nur das forderten, was wir schon haben - also das 30-fache an PKW's bekommen.

Steht anderen Völkern nicht das zu - vom sonstigen Lebensstandard ganz abgesehen - was uns zusteht?

Rainer Korte



Kommunalpolitische Radwanderung der SPD-Oesede

Zu einer Radrundfahrt in GMHütte mit kommunalpolitischen Schwerpunkten konnte Stadtbezirksvorsitzender Rainer Korte bei bestem Radlerner Wetter eine Reihe interessierter Mitglieder begrüßen.

Die Rundfahrt sollte Eindrücke vermitteln, und zwar sowohl über Auswirkungen kommunalpolitischer Aktivitäten als auch über Mißstände, die der Verbesserung bedürfen.

Vom Treffpunkt Rathausplatz ging die Fahrt zunächst zum Thie. Hier konnte durch gezielte Maßnahmen ein städtebaulich wertvoller Platz an die Stelle der augenblicklich trostlosen Asphaltfläche treten. Im Gartmannsbachtal konnten sehr gegensätzliche Erfahrungen gemacht werden. Im Regenrückhaltebecken sind deutliche Anzeichen für eine positive Biotopentwicklung zu erkennen (neben vielem anderen waren 2 Graurei-

her zu beobachten), aber auch ebenso deutliche Hinweise auf einen übermäßigen Nährstoffeintrag. Nördlich der Weißdornstraße fielen die Kanalisierung der Bachläufe und die teilweise Verrohrung eines Baches als Sünden vergangener Planer unangenehm auf. Auch die Lärmbelästigung durch die B51 für das angrenzende Wohngebiet konnte erlebt werden.

Über eine langfristig mögliche Wohnbebauung im Einzugsbereich des Gartmannstales, besonders im Bereich der Schlömannschule, äußerte man sich skeptisch.

Handlungsbedarf wurde aber für die Verbesserung der Situation an der Raiffeisenstraße festgestellt, besonders zur Sicherung des querenden Schulweges.

Ähnliches gilt für die Alte Heerstraße, deren Rückbau inzwischen in Angriff genommen wurde.

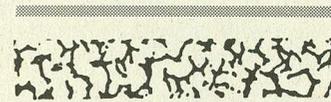
Während der Fahrt über die Lindenbreite wurde bedauert, daß diese weiterhin für den allgemeinen Durchgangsverkehr freigegeben ist. Eine von der SPD beantragte Sperrung stieß auf den Widerstand der CDU. Auch für eine Sanierung des Marktplatzes in Kloster Oesede wurde Handlungsbedarf gesehen. Hier sollte aus einem Parkplatz ein städtebaulich wertvoller Platz gestaltet werden.

Positive Entwicklungen konnten an der Klosterpforte und im Bereich der Planungstrasse für die L95 festgestellt werden.

Die Rückfahrt über Schlochterbach- und Dütetal vermittelte einen Eindruck von ökologischen und landschaftlichen Kostbarkeiten, die es zu bewahren und pflegen gilt.

Erkundungen dieser Art sollten - auch in dem praktizierten Stil - fortgeführt werden!

Peter Kreipe



Die Kriminalpolizei rät:

**Schützen
Sie Ihr Kind
vor Drogen.**

Wir wollen,
daß Sie sicher leben.

Ihre Polizei.



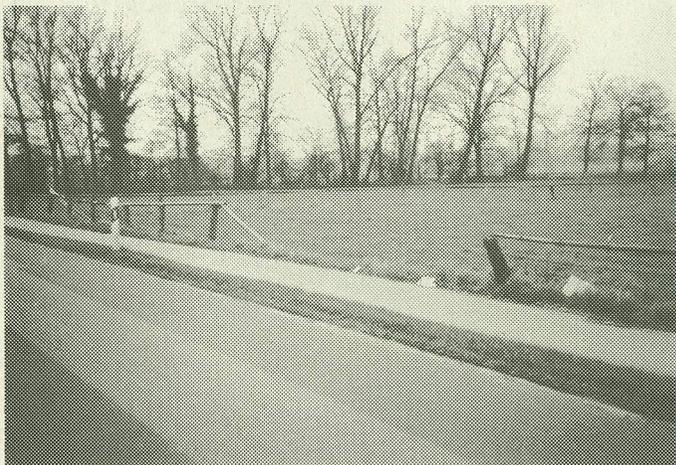
Wenig freundlich stellt sich die Überquerung der B51 für Fußgänger und Radfahrer in Harderberg dar.

Verkehrsprobleme im Stadtteil Malbergen

Ein großes Problem ist der Durchgangsverkehr in der Unterbauerschaft sowie "Auf der Masch" zum Industriegebiet bzw. nach Osnabrück. Die Verkehrszählung 1989 ergab an zwei verschiedenen Tagen einen Tagesdurchschnitt von ca. 2300 Fahrzeugen. In den letzten Jahren hat der Verkehr weiter zugenommen, insbesondere der LKW-Verkehr durch große Laster. Bis in die 60er Jahre stand ein Verbotsschild an der Straße "Auf der Masch" für den LKW-Verkehr über 5 t!!! Bevor irgendwo Straßenrückbau betrieben wird, sollte der Ausbau des Harderberger Weges Vorrang haben: Ausbau zum alten Malberger Bahnhof. Anbindung an die K 302 (Malberger Str.) beim Haus Eggemann ohne großen Kostenaufwand!

Für Radarmessungen im Bereich der 30 km/h-Zone muß lt. Auskunft des zuständigen Polizeibeamten das Ortschaftsschild, welches etwa 6 m vor dem 30-Schild steht, um etwa 40 - 50 m in Richtung Krümpel vorgezogen werden. Ferner müßte von der 30 km/h-Zone bis etwa 40 m hinter der Abfahrt zum Krümpel das Tempo von 70 auf 50 km/h gesenkt werden, um die Unfälle hinter der Kurve zu verringern! Es landen durch zu hohe Geschwindigkeit häufig Fahrzeuge in der Wiese - siehe Foto!

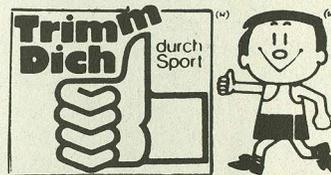
Auf der Malberger Straße wurden 1989 ca. 9.500 Fahrzeuge pro Tag gezählt - im Bereich Von-Galen Straße bis zu Eggemann. Um die Raserei zu verringern, sollte auch hier mindestens bis hinter India die



"Auf dem Masch". Immer wieder durchbrechen außer Kontrolle geratene PKW diese Weidezäune an der Straße. Wenn es hier "nur" Weidezäune wären, es könnten auch einmal Fußgänger, Radfahrer oder entgegenkommende PKW sein.

Geschwindigkeit auf Tempo 50 reduziert werden. Da man an der Ausfahrt Schützenhaus die Kurve an der Insel nicht einsehen konnte, steht dort nunmehr seit kurzer Zeit ein Spiegel. Damit ist wieder eine Unfallgefahr beseitigt. Es hat zwar lange gedauert, aber dann habe ich auf unbürokratischem Wege den Spiegel dort hinbekommen.

Rudolf Glasmeyer



Wußten Sie schon...

... daß es in der "Oeseder City" keine Wickelmöglichkeit für einkaufende Mütter mit Kleinstkindern gibt?

Wußten Sie schon...

... daß für Dorfstraße, Heideweg und Heheland eine Gebietsplanung mit Verkehrsberuhigungsmaßnahmen vorgesehen ist?

Wußten Sie schon...

... daß von den EG-Ländern 1993 besondere Aktivitäten für die Alten geplant sind? Das Motto lautet: "Das Jahr der Alten"

Leserbrief: Privatisierung der Gebäudereinigung

Auf der letzten Seite schreibt Frau Karin Samarowski unter dem Titel "Schulen, Stiefkinder unserer Stadt" einen Artikel, dem ich in großen Teilen zustimme. Bezogen auf die Reinigung in den städtischen Schulen möchte ich jedoch einige Punkte klarstellen.

Wir selber hatten keinen Reinigungsauftrag der Stadt Georgsmarienhütte. Dieses nur zur Klarstellung.

Wenn Sie beklagen, daß durch Reinigungsarbeiten Fußböden und Möbel Schaden nehmen, so stellen Sie die Sachlage auf den Kopf, denn Reinigungsarbeiten gehören mit zur Werterhaltung eines Objektes.

Wenn Sie aus den Schulen Klagen über schlechte Reinigung hören, hat dieses sicherlich mehrere Voraussetzungen, die man berücksichtigen muß.

1. Die Reinigungshäufigkeit sowie das Leistungsverzeichnis der Stadtverwaltung Georgsmarienhütte

2. Das Aussuchen der richtigen Reinigungsfirma - nicht nach dem Preis, sondern nach den Reinigungsleistungen der Reinigungskraft sowie der Ausbildung der Aufsichtspersonen.

Wenn Sie diese Kriterien, die wir oben genannt haben, zugrunde legen, werden Sie auch von einem Gebäudereinigungsunternehmen eine vernünftige Reinigung bekommen.

Ein Gebäudereinigungsunternehmen, das Wert auf gute Mitarbeiter legt, ist wie folgt strukturiert:

1. Betriebsleiter: Gebäudereinigungsmeister oder Reinigungsingenieur

2. Objektleiter: Gebäudereinigergeselle und Bürokaufmann/-frau

3. Vorarbeiter/in: Gebäudereinigergeselle

Wenn Sie diese Struktur in einem Unternehmen vorfinden, können Sie davon ausgehen, daß eine vernünftige Reinigung im Objekt erfolgen wird. Wußten Sie schon... Herr Kraegeloh,

- daß die Stundensätze der gewerblichen Mitarbeiter zwischen 12,08 DM und 20,32 DM liegen?

- daß versicherungsfreie Kräfte einen Verdienst von 10,31 DM pro Stunde haben?

- daß diese Lohnsätze zwischen der IG-Bau-Steine-Erden und dem Arbeitgeberverband des Gebäudereiniger-Handwerks ausgehandelt werden?

Soweit ich informiert bin, sind die Abgesandten der IG Bau-Steine-Erden Mitglied der SPD. Seit 1981 versucht unser Verband in Bonn durchzusetzen, daß die versicherungsfreie Beschäftigung abgeschafft wird. Leider ist auch Ihre Partei nicht dafür, so daß wir immer wieder feststellen müssen, daß in Ihrer Partei mit zwei Zungen geredet wird.

Ich bin gerne bereit, als Vorstandsmitglied der Landesinnung Bremen Nordwest Niedersachsen mit Mitgliedern Ihrer Partei und auch mit Ihrer Stadtraktion ein Gespräch zu führen.

Johannes Josef Rümker

Kurze Anmerkungen der Redaktion:

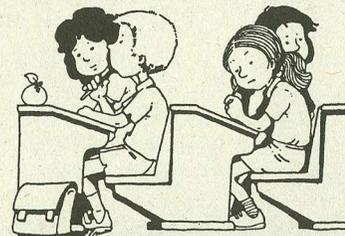
1. Eine frühere Veröffentlichung dieses Schreibens war uns nicht möglich, da dies die erste gig-Nummer seit Eingang des Schreibens des Herrn Rümker ist.

2. Nach Aussagen von Betroffenen sind die Stundenlöhne seit Einführung der privaten Reinigung (Fremdfirmen) von 14,- DM (Stadt) auf 9,50 DM gesenkt worden.

3. Gleichzeitig mit der Lohnsenkung wurden die Arbeitszeiten erheblich gesenkt (an einer Schule z.B. von 3 auf 2 Stunden täglich).

4. Die Klagen der Schulen über mangelhafte Reinigungsleistungen sind nach Aussagen von Herrn Rümker also nur zu beheben, wenn sich die Stadt in Zukunft nicht dem billigsten Anbieter anvertraut, sondern im Leistungsverzeichnis höhere Ansprüche an Reinigungshäufigkeit und -leistung stellt. Das wird sicher mehr Geld kosten. Sollte man da nicht besser den alten Zustand wiederherstellen, und die Reinigung der öffentlichen Gebäude mit eigenen Kräften in bewährter Weise durchführen lassen?

Klaus Kraegeloh



“Aus” für die Sondermüllabnahme bei der Firma Holtmeyer?

An jedem Freitag konnten Bürger unserer Stadt ihren Sonderabfall (Farben, Lacke, Chemikalien etc.), der auf keinen Fall in den Mülleimer gehört, auf dem Gelände der Fa. Holtmeyer kostenlos entsorgen. Daß diese Möglichkeit von der Bevölkerung gut angenommen wurde, zeigt die Menge von ca. 13000 kg, die im Jahre 1991 dort abgeliefert wurde. Dieser feste Annahmetermin, übrigens der einzige im ganzen Landkreis, war auf Initiative des Umweltausschusses der Stadt GMHütte eingerichtet worden, um umweltbewusstes Verhalten der Bürger zu fördern (siehe oben!).

Die Personalkosten wurden von der Stadt GMHütte getragen, die Kosten der Entsorgung übernahm der Landkreis, der für die Abfallbeseitigung zuständig ist. Nun hat die Firma Städtereinigung Holtmeyer diesen Vertrag zum Jahresende gekündigt.

In der Umweltausschußsitzung am 13.08.1992 wollten die Mitglieder des Ausschusses die Gründe für die Vertragskündigung erfahren, eingeladen waren Vertreter der Firma HHG und des Landkreises. Leider war ein Vertreter des Landkreises nicht erschienen. So konnte der Ausschuß nur die Gründe aus den Aussagen des Firmenvertreters erfahren: der Platz (zwei Garagen auf dem Firmengelände) reiche nicht

mehr aus, eine weitere Genehmigung werde nicht erteilt. Den Sonderabfall könne der Bürger aber in der jährlichen (!) Sammlung des Kreises entsorgen - ein Rückschritt, der so nicht hingenommen werden kann. Dem Bürger wird in seiner Garage oder in seinem Keller ein privates Zwischenlager zugemutet, einer Firma, deren Aufgabe die Abfallbeseitigung ist, wird dies nicht erlaubt! Der Vorschlag, der Sondermüll könne auch täglich in der Abfallstation in Hilter abgegeben werden, scheint mir eine wahrhaft umweltfreundliche Lösung zu sein... Der Landkreis muß sich des-

halb fragen lassen, ob er eine Einrichtung, die sich bewährt hat, kaputt machen will!

Übrigens: ein Gespräch auf Verwaltungsebene, also zwischen ihm und der Stadtverwaltung, hat der Landkreis angeboten. Die Kommunalpolitiker, auf deren Initiative diese umweltfreundliche Möglichkeit geschaffen wurde, sollen offensichtlich ausgesperrt werden!

Bernd Völkel,
Vors. des Umweltausschusses

PS: Inzwischen hat der Landkreis eine 6-malige Sammlung von Sondermüll angeboten. Das bliebe weiterhin ein erheblicher Rückschritt.



Unweit Bankenburgs befindet sich die bekannte Freilichtbühne in Thale. Unser Bild zeigt eine Aufführung der Operette "Schwarzwaldmädel" während eines Besuches der SPD-Fraktion.

Anmerkung zur Integration behinderter Mitmenschen in unsere Gesellschaft

Die Stadt Georgsmarienhütte und ihre Gremien bemühen sich in den letzten Jahren um diese Integration. Ein erfreuliches Beispiel ist unter anderem der einstimmige Ratsbeschluß, den im Kulturzentrum zu erbauenden Kindergarten in der Trägerschaft der evangelischen Kirche integrativ zu führen.

Dennoch gibt es noch Stimmen in Rat und Verwaltung, die bei der natürlichen Fortentwicklung dieses guten Ansatzes die Schwierigkeiten und Hürden zu hoch sehen.

Es hilft vielleicht, nach dem lateinischen Ursprung des Wortes "Integration" zu fragen (integratio = Wiederherstellung eines Ganzen), um das Verständnis dafür zu bekommen, daß unsere Gesellschaft erst dann vollständig ist, wenn wir die behinderten Mitmenschen einschließen, wenn sie teilhaben können.

Vielen ist nicht präsent, wie problem- und vorbehaltlos Kinder mit behinderten Altersgenossen umgehen und so Rücksichtnahme und Hilfsbereitschaft als etwas Selbstver-

ständliches leben. In unserer überwiegend nur an materiellen Leistungen orientierten Gesellschaft sollten wir das Zusammenleben von behinderten und nichtbehinderten Menschen als beidseitigen Gewinn erkennen und ihn uns etwas wert sein lassen. Dabei zeigt ein Blick über die Grenzen, z.B. in die Niederlande oder die skandinavischen Länder, sehr viel vollständigere Gemeinwesen in dieser Hinsicht.

Hartmut Klipsch



Aus dem Bau- und Verkehrsausschuß:

Endlich...

sind in Sachen Verkehrsberuhigung die Weichen für das gesamte Stadtgebiet in Richtung Verkehrssicherheit und Steigerung der Lebensqualität in Wohngebieten gestellt. Im Juni hat der Bau- und Verkehrsausschuß eine Art Stufenplan beschlossen, der u.a. folgende Punkte enthält:

- Erstellung von Verkehrsberuhigungskonzepten in 1992 für die von-Galen-Straße, das Gebiet Dorfstraße/Heideweg/Heheland und den Rückbau der Brunnenstraße.

- Verschiedene kleinere bauliche Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit an einer Reihe von Straßen.

- Eine Fülle von Markierungsmaßnahmen auf den Straßen zur Geschwindigkeitsreduzierung.

- Aufbringung von Tempo-30-Zeichen auf bestimmte Fahrbahnen.

- Festlegung des weiteren Vorgehens für eine Reihe weiterer Problembereiche.

- In Oesede und Kloster Oesede werden die umfassenden Planungskonzepte abgewartet. Die Weichen sind - wie gesagt - gestellt, nicht mehr. Jetzt muß der Zug auch tatsächlich weiter in Richtung Verkehrssicherheit, Geschwindigkeitsverringerung usw. fahren. Ihn auf dem richtigen Kurs zu halten, bedarf weiterer Anstren-

gungen auch und gerade seitens der BürgerInnen, da die Widerstände gegen Eingriffe in den Autoverkehr weiterhin vorhanden sind.

Übrigens: Seit 1978 verfolgt die SPD-Fraktion massiv mit A6 gen, Vorschlägen, Konzepten usw. das Ziel größerer Verkehrssicherheit in den Wohngebieten - es bleibt zu fragen, ob ein derartiger "Stufenplan" nicht schon viel früher hätte erstellt werden können.

Eine etwas bittere Erkenntnis bleibt: Heutzutage sind auch wir zufrieden, den Spatz in der Hand zu haben und auf die Taube auf dem Dach zu warten.

Rainer Korte

Kein Kasino-Hotel - was nun?

Nun ist auch der dritte Versuch, das Kasino zu einem attraktiven Tagungshotel auszubauen, gescheitert. Leider, muß man sagen. Dabei hatten uns alle Experten Hoffnung gemacht. Der Bedarf an Tagungshotels sei groß, der Standort Georgmarienhütte ideal - gute Verkehrsverbindungen, landschaftlich schön gelegen. Da die Hotelzimmer und die Restauration zum Park hin gelegen seien, störe auch das Klöcknerwerk wenig. Die vorgelegten Pläne fanden unsere Zustimmung, nur der Investor mußte noch gefunden werden. Nun hat auch der letzte Interessent abgewinkt. Führende Hoteliers bezweifelten die Wirtschaftlichkeit.

Nun sollten wir dem Projekt keine Träne mehr nachweinen und keinen weiteren Versuch in dieser Hinsicht starten.

Es gilt jetzt, neue Pläne für die Benutzung des Kasinos zu entwickeln. Denn daran darf es keine Zweifel geben: Das Gebäude muß erhalten bleiben. Wir haben in Alt-Georgmarienhütte schon zu viele Gebäude abgerissen: alle Gebäude der alten Kolonie, die Post usw. Das Kasino muß eingebunden werden in das Ensemble der ehemaligen Klöckner-Häuser. Wir können und wollen auch auf den Saal nicht verzichten. Wo sonst könnten Vereine und Verbände in Alt-GMHütte ihr gesellschaftliches Leben - Jubiläen, gemeinsame Veranstaltungen - verwirklichen?

Es gibt eine Reihe von Vorstellungen, wie die Räume genutzt werden könnten. Eine

Arbeitsgruppe hat sich und wird sich mit dieser Aufgabe beschäftigen und wird weiter daran arbeiten. Es gibt viele konkrete Wünsche. Aber wir sollten uns auch nicht verzetteln. Vielleicht gelingt uns noch der "große Wurf": Z.B. Regionales oder überregionales Musikzentrum. Ich denke, daß wir alle Möglichkeiten nutzen sollten, ein in sich ab-

gerundetes und schlüssiges Konzept zu entwickeln. Dabei sollten wir versuchen, auch das Land und den Landkreis in unsere Überlegungen miteinzubeziehen. Wir sind bereit, finanzielle Mittel aufzuwenden, um dem Gebäude sowohl von außen als auch von innen den notwendigen "Schliff" zu geben.

Helmut Stahlmann



Recht ansehnliche Ausblicke zeigt die Stadt Blankenburg mit der Burg im Hintergrund. GMHütte unterhält seit einiger Zeit einen lebhaften Kontakt mit dieser Stadt in Sachsen-Anhalt.

Zum Stil der politischen Auseinandersetzung oder "Wer selbst im Glashaus sitzt"

In einem Leserbrief an die NOZ vom 22.06.1992 glaubt André Bruns, Geschäftsführer der FDP/CDU-Gruppe im Rat der Stadt GMHütte, eine "Fortsetzung der in den letzten Monaten zunehmend festzustellenden Polemik in den Reaktionen der SPD-Fraktion auf die Initiativen der FDP/CDU-Gruppe" beklagen zu müssen.

Sieht man sich verschiedene Reaktionen - z.B. in Leserbriefen an die NOZ - von CDU-Ratsmitgliedern an, dann wird jede Kritik an der Mehrheitsgruppe bzw. an der CDU als "Polemik" (lt. Brockhaus mit unsachlichen und persönlichen Vorwürfen geführter Meinungsstreit) abqualifiziert - als handele es sich um Majestätenbeleidigung.

CDU-Ratsmitglieder selbst sind in ihren Reaktionen wenig pingelig. Da werden inhaltliche Wiedergaben von Äußerungen ihrer Vertreter als "Vorwürfe... gegen einzelne Mitglieder der CDU-Fraktion und die Haltung der FDP/CDU-Gruppe insgesamt" bezeichnet und Zitate aus einem Leserbrief bedenkenlos mit zwei Namen von SPD-Mitgliedern in Verbindung gebracht und alles zusammen als "sachfremde polemische Angriffe" von SPD-Ratsvertretern gebrandmarkt, die der sachlichen Diskussion nicht dienlich seien (A. Bruns, NOZ vom 6.4.92). Auf eine kurze sachliche Richtigstellung über meine

angebliche Funktion als Ratsmitglied, die ich einer Auseinandersetzung mit einer von A. Bruns veröffentlichten Position der FDP/CDU-Gruppe vorausgeschickt habe, wird von W. Henseler (NOZ vom 14.05.1992) wie folgt reagiert: "Von Peter Kreipe wird vorgegeben, etwas für die ausländischen Mitbürger in GMHütte tun zu wollen." In Wirklichkeit "geht es ihm offensichtlich nur darum, die Person von André Bruns zu diskreditieren... Mit dieser polemischen Art leistet er den ausländischen Mitbürgern einen schlechten Dienst." Soweit das Zitat. Eine Nebensache wird zur Hauptsache gemacht, die Sachargumente bleiben unberücksichtigt, werden gar mit zitiertem Vorspann in einen hinterhältigen

Zusammenhang gebracht! Dies ist Polemik nach Brockhausdefinition!

Besonders deutlich wird das in dem Vorwurf, den ausländischen Mitbürgern einen schlechten Dienst erwiesen zu haben. Das wäre ja nur dann richtig, wenn die FDP/CDU-Gruppe bzw. die CDU-Fraktion politische Entscheidungen unter sachfremden Gesichtspunkten trafe, - etwa als "beleidigte Diva".

In dieser Form stelle ich mir politische Auseinandersetzung nicht vor.

Wie wäre es, wenn in Zukunft Sachverhalte korrekt genannt, unterschiedliche Positionen sachlich diskutiert und persönliche Angriffe sowie der Polemik-Vorwurf unterblieben?

Peter Kreipe



Der Hellmannsche Kotten an der Oeseder Straße wird nun endgültig gerettet und von einem privaten Bauherrn ausgebaut.

Seniorenfreundliche Stadt Georgsmarienhütte

Die Stadt Georgsmarienhütte hat rund 33660 Einwohner, davon sind schon jetzt rund 20% über 60 Jahre alt.

Experten meinen, daß der Anteil der bis 20jährigen Personen an der deutschen Bevölkerung langfristig, das heißt in den nächsten 40 Jahren, um ein Drittel sinken werde. Der Anteil der über 69jährigen Personen werde sich demgegenüber fast verdoppeln. Für das Jahr 2030 wird der Höhepunkt dieser Entwicklung vorausgesagt. 100 Personen im Alter von 20 bis unter 60 Jahren stünden dann rund 80 Personen gegenüber, die 60 Jahre sind oder älter, aber nur 34 Kinder und Jugendliche unter 20 Jahren. Diese Berechnungen sind bekannt. Die dann 60jährigen sind heute 20 Jahre alt. Wie viele Kinder sie haben werden, ist offen, wie viele junge Leute zuwandern, ist auch offen. Fest steht aber, unsere Gesellschaft wird immer älter. Das Thema ist spannend und eine große Herausforderung für uns alle. Das gilt im besonderen Maße auch für die Kommunalpolitik.

Ältere Menschen sorgen sich schon immer um die soziale Sicherheit. Die Berufstätigen fragen sich, ob auch sie im Alter auf sichere Einkünfte und Versorgung - z. B. bei altersbedingter Krankheit - rechnen können. Solche Sorgen und Ängste sind ernst zu nehmen. Die weitere Alterung der Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt sowie die Bewältigung der Probleme dieser Entwick-

lung sind auch im SPD-Ortsverein GMHütte, in der SPD-Stadtrats-fraktion und im Arbeitskreis "Soziales" der Fraktion ein Dauerthema. Man kann mit gutem Grund davon ausgehen, daß nur diejenige politische Kraft im Jahre 2000 auf der Höhe der Zeit sein wird, die sich früh und nachdrücklich genug mit den Problemen der Alterung unserer Gesellschaft auseinandersetzt. Entsprechende Anstrengungen und Leistungen sind dabei nachzuweisen. Auch in unserer Stadt besteht noch entsprechender Handlungsbedarf. Es muß künftig mehr getan werden! Folgende dringende Schwerpunkte sind noch nicht ausdiskutiert:

1. Wahl eines Seniorenbeirates bzw. Einsetzung einer Expertengruppe

2. Erstellung eines Altenplanes für die Stadt mit folgenden wichtigen Punkten:

-Wohnen im Alter, Verbesserung der Begegnungsmöglichkeiten,

-Verbesserung der Freizeit- und Kulturangebote (z.B. auch jährliche Seniorenwochen nach dem Osnabrücker Modell, die seit 1979 vom dortigen Sozialamt veranstaltet werden)

- Verbesserung der Betreuung und Pflege in den Wohnungen usw. Sozialdemokraten wollen eine Politik für ältere Menschen erreichen, die soziale Sicherheit und gute Betreuung gewährleistet, die eine Ausgrenzung verhindert und die Teilnahme am gesellschaftli-

chen und politischen Leben möglich macht. In guter Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten, Stadtverwaltung und Landkreis Osnabrück kann man die Probleme besser und schneller lösen. Das ist keine geringe Aufgabe. Einen eventuellen Altenplan muß man klar gliedern, und zwar nach kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen. Das erleichtert allen ein systematisches Arbeiten und Finanzieren. Dabei geht es nicht nur um Fragen der materiellen Sicherung und Versorgung, sondern um das ganze Zusammenleben unter den neuen Ansichten und Aspekten. Gefragt sind dabei Ideenreichtum und auch ein wenig Mut zum Experiment. Der Weg zu einer "Seniorenfreundlichen Stadt Georgsmarienhütte" ist noch lang. Auf diesem Wege sind kleine Schritte besser als große Worte.

Hans Warnke

Herausgeber:
SPD-Ortsverein GMHütte

Redaktion: Klaus Kraegeloh
Fasanenweg 21
(zugleich verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes)

Satz und Druck:
WAO-
Werbeatelier Osnabrück
Averdiekstraße 4
4500 Osnabrück

Auflage: 11.000 Stück